

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

7. Jahrgang.

Mittwoch, 9. Februar 1927.

Nr. 33.

Geldfülle und Arbeitslosigkeit.

Auf dem tschechoslowakischen Geldmarkt herrscht gegenwärtig ein Ueberfluß an Geld: das börsenspielerische und anlogesüchtige Publikum, das es nicht notwendig hat, von seiner Hände Arbeit zu leben, emporfaltet eine große Nachfrage nach Anlage- und Spielpapieren. Staatsrenten und Aktien steigen im Kurse. Aber zu gleicher Zeit verfahren die Bergarbeiter in Nordwestböhmen nur drei Schichten in der Woche, in der Textilindustrie wird verkürzt gearbeitet, die Lage einzelner Zweige der Glasindustrie ist katastrophal. Unsere Industriebetriebe arbeiten mit einem veralteten Produktionsapparat, einzelne unserer Unternehmungen gleichen eher einem Wirtschaftsmuseum als modernen Betrieben. fünfzig Jahre alte Drehbänke gehören nicht zu den Seltenheiten. Die Industrie braucht Geld, um ihre Arbeitsweise umzustellen, hat aber keines. Banken und Sparkassen, Nationalbank und Landesbank, welsch letzteren die Banken ihr Geld zur Verfügung stellen, wissen nicht, was sie mit ihren Kapitalien anfangen sollen. Woher rührt dieser Widerspruch?

Das kapitalistische Wirtschaftsleben macht ständig den Wechsel von Konjunktur und Krise durch. In der Konjunktur arbeiten die Betriebe voll und mit großem Nutzen, das Betriebskapital wird ihnen von den Banken bereitwillig zur Verfügung gestellt, die Nachfrage nach Kapital ist groß, der Zinsfuß ist hoch. Die eintretende Krise wieder setzt Betriebskapital frei, das nun zu den Sparkassen und Banken zurückströmt, einem großen Angebot an Kapital steht nur eine geringe Nachfrage seitens der schwach beschafften Industrie gegenüber, der Zinsfuß sinkt. Diefelbe wirtschaftliche Entwicklung, die zu Industriekrise und Arbeitslosigkeit führt, führt auch zur Ueberfüllung des Kapitalmarktes, Geldfülle und Arbeitslosigkeit bedingen einander. Auf der einen Seite wissen die Geldkapitalisten nicht, was sie mit dem Geld anfangen sollen, auf der anderen Seite leben taujende Menschen von Hungerlöhnen, und länglicher Arbeitslosenunterstützung.

Diese aus dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zwangsläufig sich ergebende Entwicklung wird nun durch die besonderen Verhältnisse in der Tschechoslowakei noch verschärft. In der Zeit der Inflation haben unsere Betriebe große Kredite aufgenommen, die sie zu Investitionen verwendet haben. Diese Investitionen waren damals unterhältmäßig teuer — die Krone stand tief — und der Zinsfuß war hoch. Heute ist das Bauen und die Maschinen billiger als 1920 und 1921, aber die Fabriken sind mit dem hohen Investitionskredit belastet und ächzen unter der Zinslast, die sie an das Bankkapital abführen müssen. Ein Teil dieser Investitionskredite ist nicht gerade bombensicher und die Banken suchen dieses Risiko durch den hohen Zinsfuß auszugleichen, alle Bestrebungen nach Senkung des Zinsfußes, die im Interesse unserer Industrie höchst notwendig wäre, stoßen auf den Widerstand der allmächtigen Banken. Die Regierung der tschechoslowakischen Republik übt keinen Druck auf die Banken aus, den Zinsfuß herabzusetzen, die nicht einmal in demselben Tempo mit dem Zinsfuß heruntergehen wie die Nationalbank. Die Banken bauen zwar alles mögliche ab — die Rechte und Gehälter ihrer Beamten, die Beamten selbst — nur nicht den Zinsfuß. Und sie borgen der Industrie auch zu hohem Zins kein Geld, weil sie in die Entwicklung der tschechoslowakischen Industrie kein Vertrauen haben. Der Finanzminister redet zwar im Abgeordnetenhaus mindestens jeden Monat einmal von der Stabilisierung unserer Wirtschaft, aber in den Direktionszimmern der Banken und in den Räumen der Proger Börse scheinen die Worte des Herrn Finanzministers etwa denselben Wert zu haben wie die Aktien der Brünnener Maschinenfabrik. Der tschechoslowakischen In-

dustrie wurden durch die verfehlte Wirtschaftspolitik und Steuerpolitik des Staates so schwere Wunden geschlagen, daß niemand mehr an deren rasche Heilung glaubt.

Genau liegen die tiefsten Ursachen unserer Wirtschaftskrise und Geldkrise in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verankert. Aber es müßte doch auch das Streben der Wirtschaftspolitik einer kapitalistischen Regierung und der Unternehmer selbst sein, aus der gegenwärtigen Krise rasch herauszukommen. Unsere Unternehmer blühen freilich gierig auf das Lohnkonto und glauben, daß die Ablehnung einer Erhöhung des Stundenlohnes von etwa 50 Hellern die größte volkswirtschaftliche Weisheit ist. Sie bedenken nicht, daß dadurch die Steigerung der Kaufkraft der Massen ebenso gehemmt wird wie die Entwicklung der Technik. Die staatliche Finanzpolitik wieder sieht die indirekten Ab-

gaben als ein Heiligtum an, über das man nicht einmal sprechen darf, und unsere Unterhändler bei den Handelsverträgen sind ebensolche Schutzhühner wie ihre Kollegen der anderen Staaten, so daß man über das Zustandekommen von Handelsverträgen monatelang (Deutschland, Oesterreich), ja jahrelang (Ankara) verhandelt. So kommen wir nicht aus der Krise heraus, die Kapitalisten leiden an einer Ueberfülle von Geld und die Arbeiter führen ein elendes Dasein. Dieweil der Kapitalismus so verfeilt, daß er Erstickungsanfalle bekommt, führen bei uns Zehntausende von Männern, Frauen und Kindern einen verzweifelten Kampf mit dem Hunger und Elend. Sie können daraus nur befreit werden von der wiedererstarkten Arbeiterklasse, welche die staatliche Wirtschaftspolitik den Bedürfnissen der Massen unterordnen muß.

Arbeiter, was sagt Ihr dazu?

Die Landbändler entfalten künstlich die unverhältnismäßigste und verlogenste Hege gegen die Sozialversicherung — Sie fordern Verbot der Fabrikarbeit für alle noch nicht Einundzwanzigjährigen!

„Krüppelhaften Menschen und arbeitslosem Gefindel nützt auch die beste Sozialversicherungsgesetzgebung nicht!“

Die deutschen Agrarier, denen die Vernichtung der Sozialversicherung der Arbeiterschaft Herzenssache ist, lassen sich in ihrer Hege, die sie bereits schon mit Blindheit schlägt, alle Bedenken scheitern und alle Massen fallen. Ihre Worte und ihre Handlungen sind nur von dem einen Gedanken getragen, der Arbeiterschaft Stück um Stück ihrer schwer erlangten Rechte zu rauben, und sie führen diesen Kampf nunmehr so unverhüllt und hemmungslos, daß kein Arbeiter mehr die reaktionäre Frage verlernen kann, die das wahre Gesicht des Bundes der Landwirte ist.

Vor uns liegt eine Resolution, die von den landwirtschaftlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einer mährischen Gemeinde unterzeichnet ist und an den parlamentarischen Klub des Bundes der Landwirte in Prag gerichtet ist. Es handelt sich in Wirklichkeit um ein Rundschreiben, das von landbändlerischen Parteisekretariaten jedenfalls an ihre Vertrauensmänner in zahlreichen Ortschaften geschickt wurde. Diese Vertrauensmänner erhielten die Aufgabe, möglichst viele Unterschriften zu sammeln, was natürlich besonders dort, wo die Agrarier die Mehrheit in der Gemeindefassung haben, nicht allzu schwer ist. Diese „spontanen“ Resolutionen werden dann an den parlamentarischen Klub des Bundes der Landwirte eingeschickt, der somit den „Nachweis“ erbringen kann, daß die Landbevölkerung tatsächlich die Festsitzung der Sozialversicherung anstrebt, und auch somit alle Bestrebungen der Landbändler auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete gutheißt. Den richtigen Namen für solche Mache, gegen die die größte Bauernfängerei noch als moralische Tat anmutet, werden die Arbeiter wohl selber finden.

Die Art dieses Provetes aber wieder ist ein Kinder spiel gegen seinen Inhalt. Zunächst wird darin behauptet, daß wenn das Sozialversicherungsgesetz noch ein halbes Jahr in Geltung bliebe, dies „die Verarmung der gesamten Landwirtschaft herbeiführen muß“.

Man bedenke: die Großagrarier, die im Geldschwimmen, die jährlich hunderte Millionen verdienen und gar nicht wissen, was sie mit ihrem Reichtum anfangen sollen — die müßten verarmen, wenn sie auch nur noch ein halbes Jahr die paar lumpigen Kronen an Versicherungsprämien für die bei ihnen beschäftigten Arbeiter bezahlten! Auf solchen Schwindel wird den Landbändlern nicht einmal der ärmste Dorftrötel hineinfallen.

Im selben Atem, da der Provet von der elenden Situation der Agrarier spricht, beklagt er weiter die „zunehmende Landflucht“.

Ja, warum trachtet denn jeder Arbeiter, wenn sich ihm nur halbwegs die Möglichkeit bietet, aus der Landwirtschaft in die Industrie, vom Dorf in die Stadt zu kommen?

Weil eben der landwirtschaftliche Arbeiter der beklagenswerteste von allen Proletariern ist und weil er sich so sehr ausgebeutet fühlt, daß

ihm selbst das elende Los des Fabrikarbeiters noch wie eine Erlösung vorkommt!

Weil er weiß, daß er als Fabrikarbeiter im Krankheitsfall wenigstens den Arzt, die Medizin, das Krankenhaus hat und im Alter wenigstens einen Rospennig erhält, während er beim Großbauern auf die Straße fliegt, wenn er durch Krankheit oder Alter arbeitsunfähig wird. Deswegen „wandert er in anderen Beruf ab“. Derjenige aber, die „teils durch Eheheirat oder Erwerb zu einem kleinen Eigenbesitz kommen“, sind so verschwindend wenige, daß es wie blutiger Hohn wirkt, wenn die Landbändler behaupten, daß ihrewegen eben die Sozialversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter überflüssig und schädlich ist.

Die „Proletar“-Resolution fordert weiter die Abschaffung der zwangsweisen und Einführung der „freiwilligen Versicherung“. Ja, das wäre das Ideal der Kapitalisten und besonders der Großagrarier. Wer versichert sein will, der besorge das selbst und zahle das selbst. Diese freiwilligen Versicherungsinstitute wären natürlich lebens- und zahlungsunfähige Gebilde, der größte Teil der Arbeiter könnte die dann natürlich weit höheren Prämien nicht zahlen und

die Herren Agrarier könnten dann die kranken und alten Arbeiter für ein Stotigeld haben, was wieder eine sehr erfreuliche Rückwirkung auf die Löhne und sonstigen Arbeitsbedingungen der gesunden und kräftigen Arbeiter hätte!

Doch all dies tritt in den Hintergrund gegenüber jenen Forderungen und Auslassungen dieses agrarischen Kompilats, die in seinem letzten Teile enthalten sind und die darum hier auch wörtlich wiedergegeben seien. Es heißt dort:

„Damit aber die hohe Regierung auch sieht, daß die Unterzeichneten nicht nur ablehnen, sondern in wahrhaft sozialen, das heißt volksgesundheitlichen und brüderlichem Sinne aufzusehen und wirken können und wollen, lassen sie im Wege über ihren parlamentarischen Klub den Bund der Landwirte an die Regierung die Aufforderung ergehen, ein Gesetz vorzubereiten zu lassen, wonach Jugendlichen unter dem vollendeten 21. Lebensjahre, ohne Rücksicht auf das Geschlecht, die gesundheitsschädigende Arbeit in Industriebetrieben jeglicher Art gesetzlich verboten wird. Durch ein solches Gesetz würde nicht nur die Wehrfähigkeit, sondern auch die Rührfähigkeit der Völker ganz gewaltig gehoben werden. Der kluge Gesetzgeber muß immer befreit sein, durch seine Verordnungen und Erlasse der lebensspendenden Natur helfend zur Seite zu stehen und den Menschen das, was ihnen dienlich und von Nutzen wäre, was sie aber aus eigenem Drange heraus zu tun nicht für notwendig halten, gesetzlich auch ohne sozialen Zwang auskommen. Krüppelhaften Menschen und

Gegen die Aktion, die in ihrer verhüllten und verführten Gestalt von den Landbändlern und den Alexitalen repräsentiert wird!

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:

monatlich	Kr	10.-
vierteljährlich	..	28.-
halbjährig	..	56.-
jährlich	..	102.-

Rückstellung von Mannskrisen erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erheben mit Ausnahme des Montag täglich 200

arbeitslosem Gefindel nützt auch die beste Sozialversicherungsgesetzgebung nicht, die Regierung sollte bedenken, daß eine landbäuerliche Bevölkerung sich Gesetze machen kann, daß aber auch die beste Gesetzgebung nicht imstande ist, die Landwirtschaft, die sich abwärts durch unvernünftige und von dieser auf die Dauer nicht tragfähige Gesetze zugrunde gerichtet hat, von Gesetzes wegen wieder aufzubauen; vor dem Omen einer solchen ruhmlosen Tat wolle der Geist der Einsicht unsere hohe und weise Regierung gnädiglich verschonen.“

Da sage einer noch, daß die Landbändler nicht wahrhaft sozial und brüderlich denken und fühlen! Mit Löwenmut fordern sie das Verbot der gesundheitsschädigenden Arbeit Jugendlichen — in Fabriken. Bedenkt man, daß fast alle Arbeit in den Fabriken gesundheitsschädigend ist — die „verarmenden“ oder schon „verarmten“ Großgrundbesitzer können sich ja einmal ein paar Jahre beim Weibsel, in der Glasbläse oder im Schacht davon überzeugen — so könnte oder müßte ja das von den Landbändlern geforderte Gesetz alle Fabrikarbeit Männern und Frauen unter einundzwanzig Jahren verbieten.

Dann gäbe es mit einem Male auf den Straßen, neben ohnehin Arbeitslosen noch Zehntausende, die schließlich für ein Stück Brot und eine Liegestatt am Heuboden die Landflucht in Stadtlucht verwandelten und für die Agrarier wären mit einem Schlag paradiesische Zeiten angebrochen.

Dann könnten sie, die doch die Volksgemeinschaft für das höchste Gut halten,

die landwirtschaftlichen Arbeiter bei vierzehn- oder sechzehnstundenarbeit verhungern lassen.

Und ein paar hunderttausend, besonders fröhlich konstituierte, würden vielleicht dennoch wehrtätig genug bleiben, um den Söhnen der Stadt- und Landbourgeoisie den Militärdienst zu ersparen und ihren Besitz zu verteidigen!

Und dann ist da in dem Provet noch jenes Wort, das wohl kein Arbeiter lesen oder hören wird, ohne die Häuse zu ballen, jenes Wort, das den abgrundtiefen Arbeiterhaß, das unheimliche Ausbeutungsgelüste und die Seelenverrohung der Kapitalisten in der furchtbarsten Weise aufzeigt; jenes Wort von den

Krüppelhaften Menschen und dem arbeitslosem Gefindel,

denen „auch die beste Sozialversicherungsgesetzgebung nichts nützt“.

Die Krüppel, also jene Armen, Unglücklichen, deren Schutz doch selbst der wildeste Schatzmacher und gierigste Geldschneider als selbstverständlich ansehen müßte — die brauchen nach der Meinung des Bundes der Landwirte keine Sozialversicherung. Können sie überhaupt nichts arbeiten, um dann sollen sie verrecken. Kann der Agrarier aber aus solch einem Krüppel dennoch etwas herauspressen — wohl dem Krüppel, solange er wenigstens den Stall ausmistern kann. Lang's auch da dazu nicht mehr mag er sich aufhängen denn für Krüppel zu sorgen ist doch die menschliche Gesellschaft, wie sie der Bund der Landwirte repräsentiert, nicht verpflichtet!

Und dann ad't schließlich noch die Arbeitslosen. Wer arbeitslos ist u. krank wird, der hat natürlich in wahrhaft sozialem und brüderlichem Sinne überhaupt keinen Anspruch auf Unterstützung und Heilung.

Dieses arbeitslosem Gefindel mag zugrunde gehen!

Wir glauben, daß wir den Zitaten aus diesem in landbändlerischen Sekretariaten erzeugten Provet nichts weiter hinzufügen müssen. Die Arbeiter können nach alledem nicht mehr im Zweifel darüber sein, daß die deutschen Agrarier kein Mittel scheuen, um die kostbarsten Errungenschaften der Arbeiter zu vernichten, die Verfassung des Sekretariats zu verdoppeln und zu vervielfachen. Mit Lüge und Entstellung, mit Schimpf und Hohn achtes gegen die Arbeiter und höchste Güter zu verteidigen.

Sammelt Euch, Ihr auf dem Schlachtfeld der Arbeit zu Krüppeln Geschlagenen und Ihr, Gefindel, das keine Arbeit findet, zusammen mit jenen, die so „glücklich“ sind, noch Arbeit zu haben und gesunde Glieder zu besitzen

Gegen die Aktion, die in ihrer verhüllten und verführten Gestalt von den Landbändlern und den Alexitalen repräsentiert wird!

